



BU 160 / 2015

Stadt Weinstadt
Prüfungsamt

**Bericht
über die
örtliche Prüfung**

**Jahresrechnung
2014**



Vorblatt

Stadt		Weinstadt
Einwohnerzahl	(Stand 30.6.2013) (Stand 30.6.2014)	26.139 26.307 ¹⁾
Leiter der Verwaltung		Oberbürgermeister Oswald
Erster Beigeordneter		Erster Bürgermeister Deißler
Fachbeamter für das Finanzwesen		Herr Weingärtner
Leiter des Prüfungsamts		Herr Ißler
Datenschutzbeauftragte seit 01.12.2013		Frau Sartorius

¹⁾ Den Vergleichszahlen in €/Ew. liegt die Einwohnerzahl zum 30.06.2014 zugrunde.
Einwohnerzahlen auf Basis Zensus 2011

	Impressum
Herausgeber	Stadt Weinstadt Prüfungsamt
Stand	14. August 2015
Kontakt	Stadt Weinstadt Prüfungsamt Dietmar Ißler Traubenstraße 2 71384 Weinstadt Tel.: 07151 / 693-101 dietmar.issler@weinstadt.de



Inhaltsverzeichnis

Vorblatt	2
Inhaltsverzeichnis	3
I. Wesentliche Ergebnisse der Prüfung	5
II. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	6
1 Gesamtwirtschaftliche Lage	6
2 Entwicklung der Kommunalfinanzen	7
III. Prüfungstätigkeit im Berichtszeitraum	8
3 Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2013.....	8
4 Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2014.....	9
5 Örtliche Prüfung der Eigenbetriebe	9
6 Weitere Aufgaben	9
IV. Überörtliche Prüfung	10
7 Überörtliche Prüfung der Bauausgaben 2009 – 2013.....	10
V. Haushaltswirtschaft der Stadt	10
8 Haushaltssatzung 2014	10
9 Finanzzwischenbericht.....	10
10 Jahresrechnung 2013	11
11 Jahresrechnung 2014	11
12 Kassenmäßiger Abschluss.....	11
13 Rechnungsergebnis	11
14 Haushaltsvolumen und Planvergleich	12
15 Kassenreste.....	12
16 Haushaltsreste.....	13
VI. Verwaltungshaushalt	14
17 Realsteuern	14
18 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	15
19 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	16
20 Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen.....	16
21 Finanzzuweisungen	16
22 Umlagen	17



Verwaltungs- und Betriebsbereich.....	18
23 Betriebseinnahmen	19
24 Betriebsausgaben.....	19
25 Gesamtverlauf	25
26 Zuführung zum Vermögenshaushalt	25
27 Netto-Investitionsrate	25
VII. Vermögenshaushalt	27
28 Investitionen.....	27
29 Rücklagen.....	27
30 Liquidität	28
31 Vermögensrechnung.....	28
32 Schuldenstand	28
VIII. Ergebnis der örtlichen Prüfung.....	30
33 Stellenausschreibungen.....	30
34 Nebentätigkeiten	30
35 Feuerwehr	30
36 Ganztagesgrundschule Endersbach	30
37 Ganztagesgrundschule Großheppach.....	30
38 Ausländerbeirat.....	31
39 Minigolf im Freibad Beutelsbach	31
40 Städtebauliche Sanierung.....	31
41 VOB.....	31
42 HOAI.....	31
43 Prüfstatik.....	32
44 Kassenprüfungen.....	32
45 Datenschutz.....	32
IX. Abschließendes Ergebnis der Prüfung.....	34
Anlage 1 Kennzahlen der Finanzwirtschaft	35
Anlage 2 Kassenbestand	36
Anlage 3 Verzeichnis der Prüfberichte	37



I. Wesentliche Ergebnisse der Prüfung

Die **Formalien** für den Erlass der Haushaltssatzung, der Nachtragshaushaltssatzung und die Aufstellung der Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht wurden eingehalten.

Die Netto-Steuereinnahmen sind um 51 T€ gestiegen	↗	23,9 Mio. €
Die Betriebseinnahmen sind um 369 T€ gesunken	↘	10,8 Mio. €
Die Personalausgaben sind um 1,0 Mio. € gestiegen	↘	17,0 Mio. €
Die übrigen Betriebsausgaben sind um 375 T€ gestiegen	↘	12,5 Mio. €
Die Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt sank um 1,7 Mio. €	↘	5,1 Mio. €
Die Netto-Investitionsrate betrug	↘	4,4 Mio. €
Die Investitionsausgaben sind um 714 T€ gestiegen		12,7 Mio. €
Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	↘	0,7 Mio. €
Bestand der allgemeinen Rücklage	↘	2,3 Mio. €
Frei verfügbare Mittel der allgemeinen Rücklage	↘	1,2 Mio. €
Der Soll-Schuldenstand (incl. kreditähnliches Rechtsgeschäft) hat um 3,1 Mio. € zugenommen	↘	9,2 Mio. €

Die Feststellungen der Sachprüfungen konnten im Prüfungsverfahren ausgeräumt werden.

↗ = Ergebnis besser als im Vorjahr

↘ = Ergebnis schlechter als im Vorjahr



II. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

1 Gesamtwirtschaftliche Lage

Wirtschaftswachstum **1,6 %**

Die Wirtschaftsleistung wuchs 2014 kontinuierlich. Insgesamt war ein Wachstum von 1,6 % zu verzeichnen, welches deutlich über der niedrigen Wachstumsrate des Vorjahres (0,1 %) lag. Die Steigerung war im 1. Quartal 2014 mit +2,6 % am höchsten.

Die Wirtschaft in Baden-Württemberg war von dieser Entwicklung ebenfalls betroffen, das Wirtschaftswachstum betrug 2,4 % (2013: 0,3 %).

Für das laufende Jahr geht die Bundesregierung von einem Wachstum von 1,8 % aus.

Arbeitslosenquote **6,7 %**

Die Arbeitslosenquote ist im Jahresdurchschnitt 2014 auf 6,7 % zurückgegangen (2013: 6,9 %). Nach einer deutlichen Steigerung im ersten Quartal sank sie im weiteren Jahresverlauf kontinuierlich. Durchschnittlich waren 2,9 Millionen Menschen arbeitslos.

In Baden-Württemberg lag die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt mit 4,0 % leicht unter dem Wert des Vorjahres (2013: 4,1 %). Die Zahl der Arbeitslosen in Baden-Württemberg sank auf rund 230.000.

Arbeitslosenquote im Dez.	2012	2013	2014
Bund	6,7 %	6,7 %	6,4 %
Baden-Württemberg	3,9 %	3,9 %	3,8 %
Rems-Murr-Kreis	3,8 %	3,7 %	3,7 %

Inflationsrate **+0,9 %**

Die Preissteigerung lag mit +0,9 % unter der des Vorjahres (+1,5 %, Basis: 2010). Bei den Energiepreisen ergab sich die größte Veränderung, hier war ein Rückgang in Höhe von 2,1 % zu verzeichnen.

Die Preissteigerung in Baden-Württemberg lag ebenfalls bei 0,9 %.

Außenwirtschaft **220 Mrd. €**

Die Leistungsbilanz schloss mit einem Überschuss von 220 Mrd. € ab (2013: 182 Mrd. €).

Quellen: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank 06/2015
Statistisches Bundesamt
Statistisches Landesamt BW
Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder
Frühjahrsprojektion der Bundesregierung 2015

2 Entwicklung der Kommunalfinanzen

Der Finanzierungssaldo der kreisangehörigen Gemeinden in Baden-Württemberg ist nach dem Einbruch 2013 erneut gesunken, er beträgt 2014 noch 94 Mio. € (-159 Mio. €). Verursacht wurde dies unter anderem durch Personalmehrausgaben.

Wird lediglich der Saldo der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes nach Abzug der ordentlichen Tilgungen (Netto-Investitionsrate) betrachtet, kann festgestellt werden, dass dieser 2014 mit 2,53 Mrd. € nahezu dem Wert des Vorjahres (2,57 Mrd. €) entspricht.

Die Investitionstätigkeit nahm 2014 weiter zu.

Einnahmen

Die Nettosteureinnahmen (Steuereinnahmen abzgl. Gewerbesteuerumlage) der Gemeinden in Baden-Württemberg erreichten 2015 einen neuen Rekord von 12,8 Mrd. €. Die Steigerung in Höhe von 1,5 % fiel allerdings schwach aus und liegt deutlich unter dem Durchschnitt der anderen Flächenländern in Deutschland (+3,5 %).

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer stieg im Vergleich zum Vorjahr um 4,2 % und ist mit 5,2 Mrd. € der größte Posten der Nettosteureinnahmen. Aufgrund eines leichten Rückgangs von 5,2 Mrd. € auf 5,1 Mrd. € steht die Gewerbesteuer nur noch an zweiter Stelle.

Bei den sogenannten Bagatellsteuern konnte eine deutliche Steigerung von 13,6 % erreicht werden. Wie bereits im Vorjahr wurden diese durch Mehreinnahmen bei der Vergnügungssteuer erzielt.

Die Gebühreneinnahmen der Kommunen betragen rund 2 Mrd. €, gegenüber dem Vorjahr konnte eine leichte Erhöhung um 45 Mio. € verzeichnet werden. Nicht berücksichtigt sind dabei aber Gebühren die von Eigenbetrieben o.ä. erhoben werden.

Das Land hat den Kommunen im Vergleich zu 2013 erneut höhere Zuweisungen, Zuschüsse und Erstattungen zur Verfügung gestellt. Sie betragen 10,9 Mrd. (+8,6 %), die darin enthaltenen Schlüsselzuweisungen haben um 13,7 % zugenommen.

Dem Vermögenshaushalt flossen 2014 Einnahmen von 2,4 Mrd. € zu (+4,5 %), die Steigerung beruhte vor allem auf Rückflüssen aus Darlehen und Kapitaleinlagen sowie Einnahmen aus Beteiligungen.

Ausgaben

Die Gesamtausgaben der Gemeinden haben sich 2014 um 1,5 Mrd. € (+4,5 %) erhöht, davon entfielen 1,4 Mrd. € auf laufende Ausgaben.

Es entstanden Personalausgaben in Höhe von 8,2 Mrd. €, die Steigerung betrug erneut 5,2 %. Wie bereits 2013 wurde dies sowohl durch Lohnsteigerungen, als auch durch einen gestiegenen Personalbestand, insbesondere im Bereich der Kindertagesstätten, verursacht.

Die Erhöhung der laufenden Sachausgaben um 4,5 % auf 6 Mrd. € liegt deutlich über der Preissteigerungsrate. Ursächlich dafür sind vermutlich die Bestrebungen der Kommunen, bisher aufgeschobene Sanierungen angesichts der hohen Einnahmen jetzt durchzuführen.

Darüber hinaus haben die Ausgaben für soziale Leistungen ein Rekordhoch von 5,8 Mrd. € erreicht, die Steigerung von 4,8 % liegt aber unter der des Vorjahres (9,2 %).

Die Zinsausgaben sind auf 226 Mio. € zurückgegangen. Der aus dem Verhältnis von Zinsausgaben und dem Kreditbestand errechnete durchschnittliche Zins sank 2014 erneut und betrug noch 3,7 % (2013: 4,0 %).



Die Ausgaben des Vermögenshaushalts stiegen auf rund 5,2 Mrd. € an. Im Vergleich zum Vorjahr wurden zusätzlich 325 Mio. € für Sachinvestitionen aufgebracht. Ein Schwerpunkt lag dabei wieder im Bereich der Schulen.

Schulden

Nach der Kassenstatistik sind die Kernhaushalte der Kommunen mit 5,9 Mrd. € verschuldet. Mit den Kassenkrediten liegt die Verschuldung bei 6,1 Mrd. €. Im Vergleich zum letzten Jahr sind die Schulden insgesamt um 250 Mio. € zurückgegangen.

Entwicklung 2015 und Ausblick 2016

In ihrem Frühjahrsgutachten schätzen die führenden Wirtschaftsinstitute das Wirtschaftswachstum für das Jahr 2015 auf 2,1 % ein, weshalb wieder mit höheren Steuereinnahmen gerechnet werden kann. Insgesamt sollen die Nettosteureinnahmen um rund 400 Mio. € steigen.

Gleichzeitig müssen die Kommunen aber auch wieder mit höheren Sach- und Personalausgaben (jeweils +4,5 %) rechnen.

Die Investitionen werden 2015 voraussichtlich auf dem Niveau des Vorjahres bleiben.

Da die Basis für den Finanzausgleich 2015 das steuerstarke Jahr 2013 ist, hat dies für Kommunen höhere Umlagezahlungen und auf der anderen Seite höhere Schlüsselzuweisungen zur Folge.

Die Einnahmen werden voraussichtlich leicht stärker steigen als die Ausgaben, aus diesem Grund wird für 2015 ein höherer positiver Finanzierungssaldo erwartet.

Auch für das Jahr 2016 werden steigende Steuereinnahmen prognostiziert. Gleichzeitig werden sich aber wieder die Personalausgaben erhöhen. Die GPA rechnet 2016 bei einer optimistischen Betrachtung mit einem gleichbleibenden Finanzierungssaldo.

Quelle: GPA: Geschäfts- und Kommunalfinanzbericht 2015

III. Prüfungstätigkeit im Berichtszeitraum

3 Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2013

Prüfungsverfahren ist abgeschlossen

Die Prüfung der Jahresrechnung 2013 wurde mit dem Schlussbericht vom 19.08.2014 fristgerecht abgeschlossen. Der Gemeinderat hat den Schlussbericht am 08.10.2014 zur Kenntnis genommen.



4 Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2014

Keine nennenswerten Feststellungen

Das Prüfungsamt hat die Jahresrechnung vor deren Feststellung durch den Gemeinderat zu prüfen (§ 110 Abs. 1 GemO). Es fasst seine Feststellungen in einem Schlussbericht zusammen, der dem Gemeinderat vorzulegen ist.

Grundlage für die Prüfung der Jahresrechnung waren der Ausdruck der Jahresrechnung vom 25.06.2015 und der Rechenschaftsbericht der Finanzverwaltung.

Zur Vorbereitung der Prüfung wurden Maßnahmen bereits während des Jahres begleitend geprüft. Hierfür wurden im Prüfungszeitraum verschiedene Vorgänge nach Schwerpunkten und Stichproben ausgewählt (vgl. Anlage 3). Auch die Ergebnisse dieser Prüfungen wurden bei der Prüfung der Jahresrechnung berücksichtigt.

5 Örtliche Prüfung der Eigenbetriebe

Berichte sind erstellt

Die Stadt Weinstadt hat zur Erfüllung ihrer Aufgaben die Eigenbetriebe „Stadtwerke Weinstadt“ und „Stadtentwässerung Weinstadt“ gebildet.

Die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe unterliegen ebenfalls der örtlichen Prüfung (§ 111 GemO). Über diese Prüfungen wurden gesonderte Berichte erstellt.

6 Weitere Aufgaben

Neben den gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen nahm das Prüfungsamt weitere Aufgaben wahr, die teilweise erheblichen zeitlichen Aufwand erforderten:

- Organisatorische Bearbeitung der überörtlichen Prüfung der Bauausgaben 2009 - 2013 durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA)
- Kassenüberwachung beim Wasserverband Endersbach-Rommelshausen
- Prüfung der Remstal-Route e.V.
- Prüfung des WeinStadtMarketing w.V.
- Prüfung des Zuschusses an den Ausländerbeirat
- Prüfung des Jahresabschlusses und begleitende Beratung beim Abendgymnasium Unteres Remstal
- Mitwirkung in der Arbeitsgruppe „IKZ-Revision Rems-Murr-Kreis“
- Mitwirkung in der Arbeitsgemeinschaft der Rechnungsprüfungsämter Stuttgart/Tübingen
- Liquidationsbeauftragung für den Zweckverband Müllabfuhr Unteres Remstal (MZV)
- Beauftragte für den Datenschutz (Frau Sartorius)

Darüber hinaus beraten das RPA und die Datenschutzbeauftragte die Verwaltung im Rahmen Ihrer Möglichkeiten bereits im Vorfeld von Entscheidungen. Dabei kann selbstverständlich nicht die Sachbearbeitung für die Fachämter übernommen werden.



IV. Überörtliche Prüfung

7 Überörtliche Prüfung der Bauausgaben 2009 – 2013

Prüfungsverfahren durch uneingeschränkten Bestätigungsvermerk abgeschlossen

Die GPA hat die Bauausgaben der Jahre 2009 – 2013 der Stadt Weinstadt, der Eigenbetriebe Stadtwerke und Stadtentwässerung, sowie des Wasserverbands Endersbach- Rommelshausen geprüft.

Der Gemeinderat wurde am 31.07.2014 über den Eingang des Prüfungsberichts und die wesentlichen Prüfungsfeststellungen informiert und auf sein Einsichtsrecht hingewiesen (BU 140 / 2014).

Der Antwortbericht zu den Prüfungsergebnissen wurde vom Gemeinderat am 11.12.2014 (BU 205 / 2014) zur Kenntnis genommen.

Das Regierungspräsidium Stuttgart erteilte mit Erlass vom 12.03.2015 eine uneingeschränkte Abschlussbestätigung nach § 114 Abs. 5 Satz 2 GemO. Der Gemeinderat wurde hiervon am 29.04.2015 unterrichtet (BU 059 / 2015).

V. Haushaltswirtschaft der Stadt

8 Haushaltssatzung 2014

Haushaltssatzung und Nachtragshaushaltssatzung rechtmäßig erlassen

Die Haushaltssatzung soll der Rechtsaufsichtsbehörde spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres vorliegen (§ 81 Abs. 3 GemO).

Die Gesetzmäßigkeit der vom Gemeinderat am 12.12.2013 beschlossenen Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 hat das Regierungspräsidium Stuttgart mit Erlass vom 22.01.2014 bestätigt. Der auf 4.927.000 € festgesetzte Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen und der auf 3.000.000 € festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wurden genehmigt. Weitere genehmigungspflichtige Bestandteile waren nicht enthalten.

Die Haushaltssatzung wurde am 06.02.2014 ortsüblich bekannt gemacht und zusammen mit dem Haushaltsplan vom 10.02.2014 bis 19.02.2014 öffentlich ausgelegt.

Die **Nachtragshaushaltssatzung** wurde 31.07.2014 vom Gemeinderat beschlossen. Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen wurde um 775 T€ auf 5.702.000 € erhöht, die die Verpflichtungsermächtigungen wurden auf 2.890.000 € reduziert (-110 T€). Das Regierungspräsidium Stuttgart bestätigte mit Erlass vom 04.09.2014 die Gesetzmäßigkeit.

Die ortsübliche Bekanntmachung der Nachtragshaushaltssatzung erfolgte am 17.09.2014. Die öffentliche Auslegung von Nachtragshaushaltssatzung und -plan fand in der Zeit vom 22.09. – 02.10.2014 statt.

9 Finanzausgabenbericht

Am 31.07.2014 wurde der Gemeinderat über die aktuelle Finanzlage zum 30.06.2014 mit einem Finanzausgabenbericht (BU 124/2014) informiert.



10 Jahresrechnung 2013

Verfahren ordnungsgemäß abgeschlossen

Der Gemeinderat hat die Jahresrechnung 2013 am 08.10.2014 festgestellt.

Der Feststellungsbeschluss wurde am 15.10.2014 ortsüblich bekannt gemacht. Jahresrechnung und Rechenschaftsbericht wurden vom 20.10.2014 bis 30.10.2014 öffentlich ausgelegt.

Mit Bericht vom 24.11.2014 wurde dem Regierungspräsidium Stuttgart der Beschluss über die Feststellung der Jahresrechnung mitgeteilt.

11 Jahresrechnung 2014

Jahresrechnung rechtzeitig und vollständig aufgestellt

Die Pflichtbestandteile der Jahresrechnung sind in § 39 GemHVO (kameral) festgelegt. Sie besteht aus dem kassenmäßigen Abschluss, der Haushaltsrechnung und der Vermögensrechnung. Beizufügen sind ein Anlagennachweis, ein Rechnungsquerschnitt und eine Gruppierungsübersicht sowie ein Rechenschaftsbericht.

Die Haushaltsrechnung wurde am 25.06.2015 aufgestellt und durch den Rechenschaftsbericht erläutert. Alle geforderten Bestandteile und Anlagen sind enthalten.

Die Feststellung durch den Gemeinderat kann nach Kenntnisnahme dieses Berichts erfolgen.

12 Kassenmäßiger Abschluss

Kassenbestand hat sich verringert

Der kassenmäßige Abschluss (Rechenschaftsbericht S. 6) entspricht der vorgeschriebenen Form. Er wurde am 25.06.2015 erstellt und vom Fachbediensteten für das Finanzwesen unterschrieben.

Der Kassenbestand der Stadt – ohne Eigenbetriebe – verringerte sich um 1.462.581 € auf

4.397.606 €.

Der Nachweis des Kassenbestands ist in Anlage 2 dargestellt.

13 Rechnungsergebnis

Rücklagenentnahme

Die Jahresrechnung schließt mit einem Fehlbetrag von 719.313 € ab. Dieser wurde den Rücklagen entnommen.

Zur Entwicklung der allgemeinen Rücklage wird auf Randnummer 29 verwiesen.



14 Haushaltsvolumen und Planvergleich

72.003.212 €

Haushaltsvolumen gestiegen, Haushaltsplan im Wesentlichen eingehalten

Das Haushaltsvolumen stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Mio. € (+2,4 %). Im Vermögenshaushalt waren hierfür insbesondere gestiegene Investitionen in Hochbaumaßnahmen (+2,3 Mio. €) verantwortlich, im Verwaltungshaushalt ein höherer Anteil an der Einkommensteuer (+674 T€).

Im Verwaltungshaushalt wurden mehr Schlüsselzuweisungen und Steuern eingenommen werden, als im Plan vorgesehen.

Das Rechnungsergebnis im Vermögenshaushalt war niedriger als geplant. Dies wurde unter anderem durch nicht angefallene Ausgaben für Beteiligungen verursacht, da die Stammkapitalerhöhung der Stadtwerke noch nicht erforderlich war.

	HH-Plan einschl. Nachtrags-HH-Plan €	Rechnungsergebnis €	Differenz	
			€	%
VwH	57.890.000	58.611.285	721.285	1,2 %
VmH	14.257.700	13.391.927	-865.773	-6,1 %
Gesamt-HH	72.147.700	72.003.212	-144.488	-0,2 %

15 Kassenreste

Verwaltungshaushalt

Forderungen werden überwacht und zeitnah abgewickelt, Verbindlichkeiten sind ausgeglichen

	Kasseneinnahmereste		Kassenausgabereiste		Differenz	
	in €	in %	in €	in %	in €	in %
2012	725.221	1,3 %	95.625	0,2 %	629.595,92	1,1 %
2013	589.618	1,0 %	24.555	0,0 %	565.063,68	1,0 %
2014	640.467	1,1 %	38.007	0,1 %	602.460,47	1,0 %

Die Angaben in % zeigen den Anteil am Volumen des Verwaltungshaushalts.

Die Kasseneinnahmereste im Verwaltungshaushalt haben sich 2014 wieder leicht erhöht (+51 T€). Die wesentlichen Positionen sind im Rechenschaftsbericht (S. 12) dargestellt.

Die Kassenausgabereiste sind, nach einem starken Rückgang im Vorjahr, in 2014 wieder um 13 T€ angestiegen. Es handelt sich dabei um kurzfristige Verbindlichkeiten der Stadt, die inzwischen beglichen sind.

Die stichprobenhafte Prüfung ergab, dass die Forderungen ordnungsgemäß überwacht und abgewickelt werden.



Vermögenshaushalt

	Kasseneinnahmereste		Kassenausgabereiste		Differenz	
	in €	in %	in €	in %	in €	in %
2012	181.661	2,1 %	-	0,0 %	181.661,13	2,1 %
2013	419.433	3,3 %	-	0,0 %	419.432,52	3,3 %
2014	177.120	1,3 %	-	0,0 %	177.120,42	1,3 %

Die Angaben in % zeigen den Anteil am Volumen des Vermögenshaushalts.

Nachdem die Kasseneinnahmereste im Vermögenshaushalt 2013 durch noch ausstehende Zuschüsse erheblich angestiegen waren, konnten diese im Jahr 2014 wieder deutlich reduziert werden (-242 T€).

Die Einnahmereste setzen sich hauptsächlich aus Kaufpreisforderungen für Grundstücke zusammen, die inzwischen bezahlt wurden. Außerdem sind Forderungen aus Erschließungsbeiträgen enthalten, die teilweise noch ausstehen.

16 Haushaltsreste

Haushaltsreste sind zulässig und begründet

Verwaltungshaushalt

	Haushaltseinnahmereste		Haushaltsausgabereiste		Differenz	
	in €	in % ¹⁾	in €	in %	in €	in %
2012	0	0,0 %	218.400	0,4 %	-218.400	-0,4 %
2013	0	0,0 %	156.500	0,3 %	-156.500	-0,3 %
2014	0	0,0 %	97.800	0,2 %	-97.800	-0,2 %

Die Angaben in % zeigen den Anteil am Volumen des Verwaltungshaushalts.

Im Verwaltungshaushalt wurden Haushaltsausgabereiste für die Schulen (84 T€) und die budgetierten Kindertageseinrichtungen (14 T€) gebildet. Im Vergleich zum Vorjahr sind diese um insgesamt 59 T€ gesunken.

Die einzelnen Haushaltsreste sind im Rechenschaftsbericht (S. 14) aufgelistet.

Vermögenshaushalt

	Haushaltseinnahmereste		Haushaltsausgabereiste		Differenz	
	in €	in %	in €	in %	in €	in %
2012	0	0,0 %	3.788.800	44,2 %	-3.788.800	-44,2 %
2013	526.000	4,2 %	4.005.000	31,8 %	-3.479.000	-27,6 %
2014	1.100.000	8,2 %	3.555.000	26,5 %	-2.455.000	-18,3 %

Die Angaben in % zeigen den Anteil am Volumen des Vermögenshaushalts.

Die bestehenden Haushaltsausgabereiste im Vermögenshaushalt wurden 2014 abgearbeitet bzw. aufgelöst. Neue Haushaltsreste wurden vor allem für die Neuordnung des Birkel-Areals sowie für die Sanierung der Strümpfelbacher Halle gebildet. Insgesamt sanken die Haushaltsausgabereiste um 450 T€.

Für einen Teilbetrag der noch nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigung, der zur Finanzierung der Investitionen erforderlich ist, wurde ein Haushaltseinnahmerest gebildet.

Die einzelnen Haushaltsreste sind auf Seite 15/16 des Rechenschaftsberichts erläutert.



VI. Verwaltungshaushalt

Steuereinnahmen und Finanzausgleich

Die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, die allgemeinen Finanzausweisungen und die nach Abzug der steuerkraftabhängigen Umlagen verbleibenden Netto-Steuereinnahmen haben sich wie folgt entwickelt.

	2012	2013	2014	Plan 2015
Steuern	33.362.033	33.165.217	33.675.316	33.829.600
Finanzausweisungen	6.666.130	9.527.406	9.931.906	10.312.100
Finanzumlagen	20.831.697	18.883.973	19.747.247	21.442.600
Netto-Steuereinnahmen	19.196.466	23.808.650	23.859.975	22.699.100
Pro Einwohner	725	911	907	863

Die Netto-Steuereinnahmen sind gegenüber dem Vorjahr nur mäßig gestiegen. Einerseits konnten Mehreinnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie der Kommunale Investitionspauschale erzielt werden. Auf der anderen Seite fielen aber auch höhere Umlagen an, insbesondere die Finanzausgleichsumlage ist angestiegen.

Durchschnittlich verblieben der Stadt 2014 rd. 55 % der Einnahmen aus Steuern und allgemeinen Zuweisungen. 2015 wird dieser Wert voraussichtlich auf 51 % sinken.

17 Realsteuern

Grundsteuer B durch die Senkung des Hebesatzes zurückgegangen

Istaufkommen 15.920.626 €

	GrdSt. A	GrdSt. B	Gew.St	Realsteuern
2012	102.118	4.797.281	13.101.125	18.000.523
2013	101.424	4.876.386	11.533.748	16.511.558
2014	100.192	4.682.352	11.138.081	15.920.626

Das Istaufkommen der Realsteuern fließt mit einem Anrechnungshebesatz in die Ermittlung der Steuerkraft des zweitfolgenden Jahres ein und wird somit beim Finanzausgleich 2016 berücksichtigt.

Grundsteuer A 100.441 €

Jahr	Weinstadt	Ø Große Kreisstädte RMK	Baden-Württemberg
Hebesatz			
2013	375	356	332
2014	375	355	334
2015	375		
Entwicklung des Istaufkommens in €/Ew.			
2013	3,88	1,95	2,61
2014	3,81	1,94	2,57

Weinstadt hat unter den großen Kreisstädten unverändert den dritthöchsten Hebesatz. Die Soll- und Ist-Einnahmen gingen im Vergleich zum Vorjahr um rund 1 T€ zurück.



Grundsteuer B

4.671.745 €

Jahr	Weinstadt	Ø Große Kreisstädte RMK	Baden-Württemberg
Hebesatz			
2013	430	393	374
2014	410	391	375
2015	410		
Entwicklung des Istaufkommens in €/Ew.			
2013	187	175	155
2014	178	172	157

Ab dem Jahr 2014 wurde der Hebesatz um 20 Prozentpunkte auf 410 % gesenkt. Dennoch haben im Landkreis lediglich Schorndorf und Winnenden einen höheren Hebesatz.

Infolge des reduzierten Hebesatzes gingen die Einnahmen um rd. 200 TEUR zurück.

Gewerbsteuer

11.509.737 €

Jahr	Weinstadt	Ø Große Kreisstädte RMK	Baden-Württemberg
Hebesatz			
2013	370	365	354
2014	370	365	355
2015	370		
Entwicklung des Istaufkommens in €/Ew.			
2013	441	540	687
2014	423	524	667

Die Realsteuern bestehen zu einem überwiegenden Teil (70 %) aus den Gewerbesteuern. Im Vergleich zu den anderen großen Kreisstädten im Rems-Murr-Kreis hatte Weinstadt gemeinsam mit Winnenden den zweithöchsten Hebesatz.

Die Solleinnahmen haben sich geringfügig erhöht (+48 T€, +0,4 %), sie liegen über dem Ansatz im Haushaltsplan.

18 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

15.669.340 €

Steigerung gegenüber Vorjahr, Aufkommen erneut auf Rekordniveau

Gegenüber dem Vorjahr konnte bei unveränderter Schlüsselzahl ein um 674 T€ höheres Rechnungsergebnis erzielt werden. Somit hat der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer einen neuen Höchststand erreicht. Der Planansatz wurde allerdings um 131 T€ unterschritten.

Das Pro-Kopf-Aufkommen lag mit 596 €/Ew. deutlich über dem Durchschnitt vergleichbarer Städte im Regierungsbezirk (527 €/Ew.) und im Land (495 €/Ew.).

Der Durchschnitt der Großen Kreisstädte im Rems-Murr-Kreis lag bei 545 €/Ew.

Ab dem Jahr 2015 verbessert sich Schlüsselzahl leicht. Dies hat zur Folge, dass die Stadt von den Einkommensteuern, die den Gemeinden in Baden-Württemberg 2015 zustehen, einen etwas höheren Anteil als bisher erhalten wird.



19 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer 1.031.056 €

Leichte Steigerung gegenüber Vorjahr

Der Umsatzsteueranteil stieg gegenüber dem Vorjahr zwar um 24 T€ (+2,4 %), der Planansatz wurde aber um rd. 13 T€ unterschritten.

Das Pro-Kopf-Aufkommen lag mit 39 €/Ew. deutlich unter dem Durchschnittswert vergleichbarer Städte im Land (59 €/Ew.) und im Regierungsbezirk Stuttgart (66 €/Ew.). Der Durchschnitt der Großen Kreisstädte im Rems-Murr-Kreis betrug 57 €/Ew.

Auch die Schlüsselzahl für den Anteil an der Umsatzsteuer wird ab 2015 neu festgesetzt. Sie ist geringer als in den Vorjahren.

Quelle zu Rd.Nr. 18-20: Statistisches Landesamt BW:
Steuereinnahmen der Gemeinden in Baden-Württemberg 2014
Größenklasse 20.000-50.000 Einwohner

20 Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen 692.998 €

Vergnügungssteuer gesunken

Als Bemessungsgrundlage für die Vergnügungssteuer wird seit 2010 das Einspielergebnis herangezogen. Der Steuersatz im Prüfungszeitraum betrug 22 %. Ab dem 01.04.2015 wird ein Steuersatz von 24 % erhoben.

Die Einnahmen aus der Vergnügungssteuer reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 36 T€ auf 582 T€ (-5,8 %). Aufgrund hoher Kassenreste aus dem Vorjahr sank das Istaufkommen lediglich um 1 T€ auf 612.008 €.

Gegenüber dem Planansatz ergaben sich allerdings Mehreinnahmen in Höhe von 102 T€.

Hundesteueraufkommen auf Vorjahresniveau

Durch die Hundesteuer konnten Einnahmen in Höhe von 101 T€ erzielt werden, diese haben sich im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert (-0,5 %). Die Ist-Einnahmen sind um 2,0 % zurückgegangen. Die Hundesteuer liegt damit knapp 7 T€ über den im Haushaltsplan veranschlagten Einnahmen.

21 Finanzausweisungen 9.931.906 €

Steigerung gegenüber Vorjahr

Die Finanzausweisungen sind gegenüber dem Vorjahr, größtenteils aufgrund einer höheren Kommunalen Investitionspauschale, um rd. 405 T€ gestiegen. Auch gegenüber dem Planansatz ergaben sich Mehreinnahmen in Höhe von 502 T€.

Erläuterungen zu den einzelnen Zuweisungen enthält der Rechenschaftsbericht (S. 44/45).



22 Umlagen

19.747.247 €

Umlagebelastung gestiegen

Im Vorjahresvergleich sind 2014 die Ausgaben für alle Umlagen angestiegen. Insgesamt erhöhte sich die Belastung der Stadt um 863 T€ (4,6 %) auf 19,7 Mio. €, dies entspricht 751 €/Ew. (2013: 722 €/Ew.).

Die Steigerungen bei der Finanzausgleichs- bzw. Kreisumlage sowie der Umlage an den Verband Region Stuttgart resultieren aus einer höheren Steuerkraftsumme. Diese berechnete sich aus den Steuereinnahmen des Jahres 2012, welche im Vergleich zu 2011 höher waren.

Die Mehrbelastung wurde zu einem Großteil durch die Finanzausgleichsumlage verursacht (+599 T€).

Der Kreisumlagehebesatz wurde 2014 nochmals reduziert, er beträgt 36,09 % (2013: 38,5 %). Im landesweiten Vergleich haben lediglich 3 der insgesamt 35 Landkreise einen höheren Hebesatz.

Für die Gewerbesteuerumlage mussten unverändert 69 % des um den Hebesatz bereinigten Istaufkommens abgeführt werden.

Jahr	Gewerbesteuerumlage	FAG-Umlage	Kreisumlage	Region Stuttgart	Summe Umlagen
2013	2.022.950	6.211.788	10.535.409	113.826	18.883.973
2014	2.045.485	6.811.110	10.771.821	118.832	19.747.247
2015	1.958.100	7.510.000	11.837.700	136.800	21.442.600

Quelle: Statistisches Landesamt BW: Pressemitteilung 157/2014 vom 02.05.2014

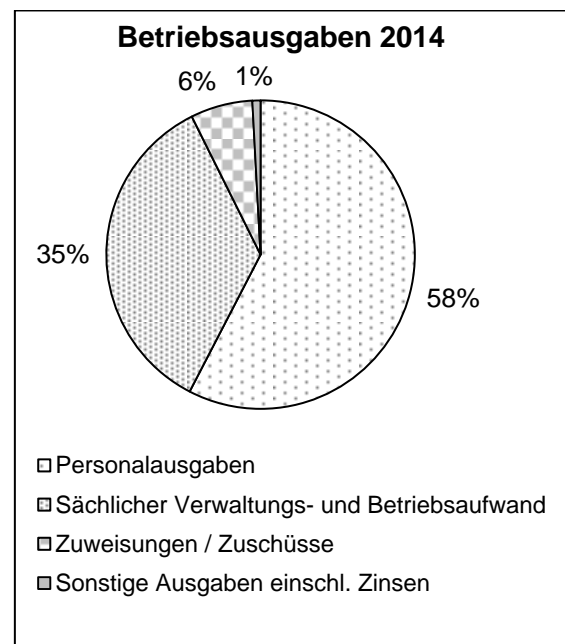


Verwaltungs- und Betriebsbereich

Die Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungs- und Betriebsbereich haben sich wie folgt entwickelt:

	2012 €	2013 €	2014 €	Plan 2015 €
Betriebseinnahmen	11.431.291	11.162.290	10.793.037	10.730.700
davon				
Gebühren und ähnliche Entgelte	2.540.516	2.512.218	2.562.974	2.685.000
Mieten, Pachten, Verkaufserlöse, Erstattungen	2.971.935	2.950.448	2.806.789	2.420.000
Zuweisungen / Zuschüsse	4.320.931	4.332.341	4.029.896	4.209.400
Sonstige Einnahmen einschl. Zinsen	1.597.908	1.367.283	1.393.379	1.416.300
Betriebsausgaben	26.799.926	28.132.635	29.553.955	31.897.700
davon				
Personalausgaben	14.885.817	15.979.638	17.026.109	18.075.600
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	9.731.569	10.044.801	10.353.003	11.060.300
Zuweisungen / Zuschüsse	1.755.130	1.898.886	1.923.746	2.284.500
Sonstige Ausgaben einschl. Zinsen	427.410	209.310	251.098	477.300
Zuschussbedarf	15.368.635	16.970.345	18.760.919	21.167.000
in €/Ew.	591	649	713	805

Die Entwicklung der einzelnen Einnahme- und Ausgabegruppen gegenüber den Planansätzen ist im Rechenschaftsbericht ausführlich dargestellt und erläutert (Einnahmen S. 46-53, Ausgaben S. 54-64).





23 Betriebseinnahmen

10.793.037 €

Betriebseinnahmen um rd. 369 T€ (-3,3 %) gesunken

Die Zuweisungen und Zuschüsse sind im Vergleich zu 2013 um 302 T€ (-7,0 %) gesunken. Dies ist hauptsächlich auf die geringere Landesförderung für die Kindertageseinrichtungen zurückzuführen.

Des Weiteren sind die Einnahmen aus Mieten, Pachten, Verkaufserlösen und Erstattungen um 144 T€ (-4,9 %) niedriger als im Vorjahr. Bei dieser Position haben sich insbesondere die Mieteinnahmen verringert. Da 2014 zeitweise noch eine Vermietung des Birkel-Areals möglich war, liegt die Miete dennoch über dem Planansatz.

Durch Gebühren und Entgelte konnten Mehreinnahmen in Höhe von 51 T€ erzielt werden. Dies wurde durch höhere Verwaltungsgebühren beim Stadtbauamt und dem Ordnungsamt erreicht. Stark gesunken sind dagegen die Bestattungsgebühren.

Insbesondere durch Mehreinnahmen aus der Verzinsung von Gewerbesteuernachzahlungen haben sich die Sonstigen Finanzeinnahmen im Vorjahresvergleich um 26 T€ erhöht. Außerdem erhielt die Stadt im Jahr 2014 eine Konzessionsabgabe der Stadtwerke, für 2013 war diese nicht erwirtschaftet worden. Die dadurch entstandenen Mehreinnahmen wurden allerdings durch einen deutlichen Rückgang der Konzessionsabgabe für Gas aufgezehrt. Aus diesem Grund sind die Konzessionsabgaben insgesamt niedriger ausgefallen als im Vorjahr.

24 Betriebsausgaben

29.553.955 €

Ausgaben im Verwaltungs- und Betriebsbereich um rd. 1,4 Mio. € (+ 5,1 %) gestiegen

Personalausgaben

17.026.109 €

Steigerung um 1,0 Mio. € (+6,5 %), Personalzuwachs im Bauhof

Stellenplan	Beamte	Beschäftigte	Stellen insgesamt	tatsächlich besetzt
2013	41,45	251,40	292,85	293,05
2014	41,00	254,85	295,85	296,80
2015	39,30	263,55	302,85	

Quelle: Stellenplan der Stadt Weinstadt 2013 bis 2015 – Darstellung in Vollzeitstellen

Die Stellenreduzierung bei den Beamten entstand unter anderem aufgrund der Umwandlung einer Beamtenstelle in eine Beschäftigtenstelle.

Die höhere Zahl der Stellen für Beschäftigte wurde durch einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen verursacht, die bei den Beratungen zum Stellenplan erläutert wurden. Die größte Veränderung ergab sich bei der Gärtnerei, hier wurden zwei neue Stellen geschaffen.

	Personalausgaben €	Änderung gg. Vorjahr in €	Änderung gg. Vorjahr in %	Anteil am VwH	€/ Ew.
2013	15.979.638	1.093.821	7,3 %	27,7 %	611
2014	17.026.109	1.046.471	6,5 %	29,0 %	647
2015	18.075.600	1.049.491	6,2 %	30,6 %	687

Die Personalausgaben sind etwas stärker gestiegen als im Landesdurchschnitt (+6,3 %), sie lagen rd. 108 T€ über dem Ansatz im Haushaltsplan. Die Ursachen sind im Rechenschaftsbericht (S. 54) erläutert.



Die hohe Steigerung gegenüber 2013 ergab sich im Wesentlichen durch Mehrausgaben bei der Kinderbetreuung. Insgesamt sind die Personalkosten in diesem Bereich um 767 T€ gestiegen.

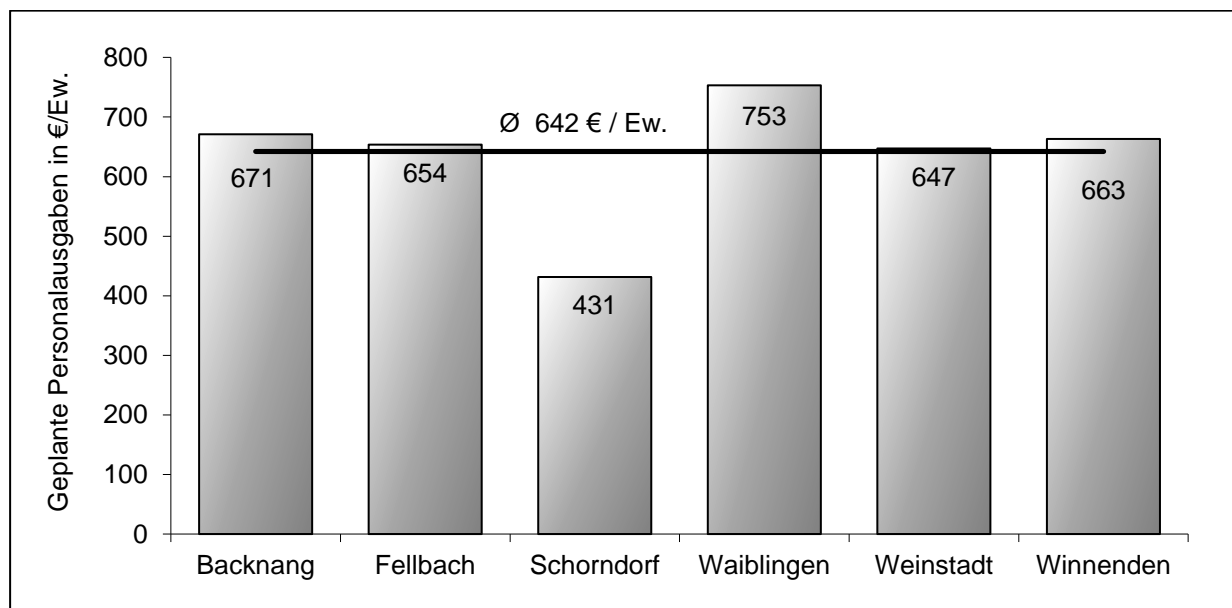
Auch beim Personal des Baubetriebshofes ergab sich eine merkliche Ausgabensteigerung, dadurch konnte aber auf die Fremdvergabe von Grünpflegearbeiten auf den Friedhöfen verzichtet werden.

Des Weiteren entstanden Verschiebungen, da die Personalkosten für das Stadtmarketing sowie für die kulturellen Einrichtungen seit 2014 anteilig bei diesen Bereichen abgebildet werden. Bisher wurden diese zentral bei der Verwaltung kultureller Angelegenheiten veranschlagt.

Vergleicht man die einzelnen Ausgabearten im Personalbereich, so sind die Dienstbezüge für Beschäftigte und die damit verbundenen Sozialbeiträge am stärksten angestiegen.

Personalausgaben der Großen Kreisstädte im Rems-Murr-Kreis

Da zum Zeitpunkt der Berichtserstellung vom Statistischen Landesamt noch keine Angaben zu den tatsächlichen Personalkosten des Jahres 2014 vorlagen, zeigt die folgende Grafik die Personalausgaben auf Basis der Haushaltsansätze.



Quelle: IHK Region Stuttgart: Haushaltsanalyse 2014



Sächlicher Aufwand

14.564.029 €

Steigerung insgesamt um 658 T€ (+4,7 %)

Der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand stieg insgesamt um 658 T€. Bereinigt um die inneren Verrechnungen und die kalkulatorischen Kosten ergab sich eine Steigerung um 308 T€ (+3,1 %). Mit 394 €/Ew. liegt Weinstadt noch knapp unter dem Landesdurchschnitt in Höhe von 410 €/Ew.

Die Entwicklung zeigt die folgende Tabelle:

Jahr	insgesamt	€/Ew.	ohne kalk. Kosten und innere Ver- rechnungen	€/Ew.	Änderung gg. Vorjahr %	Anteil am bereinigten Volumen VwH
2013	13.906.353	532	10.044.801	384	3,2 %	21,4 %
2014	14.564.029	554	10.353.003	394	3,1 %	21,0 %
2015	15.342.900	583	11.060.300	420	6,8 %	20,3 %

Die wesentlichen Positionen der einzelnen Ausgabegruppen sind im Rechenschaftsbericht der Finanzverwaltung beschrieben (S. 55 – 59), auf diese Ausführungen wird verwiesen.

Insbesondere aufgrund der Veranstaltung „500 Jahre Armer Konrad“ ist der Sachaufwand beim Stadtmarketing im Vergleich zum Vorjahr um 143 T€ gestiegen. Der Ansatz im Haushaltsplan wurde um 46 T€ überschritten.

Des Weiteren sind die Ausgaben für die Gebäudeunterhaltung um 112 T€ höher als 2013. Die größten Steigerungen entstanden bei den Sportanlagen des Bildungszentrums sowie den Museen. Auf der anderen Seite ist der Unterhaltungsaufwand für die Friedhöfe stark zurückgegangen (vgl. Erläuterungen zu Personalausgaben).

Außerdem entstanden im Vorjahresvergleich wesentliche Mehrausgaben für Reinigung, Wasser und Abwasser.

Quelle Landesdurchschnitt: Statistisches Landesamt BW: Kassenstatistik 2014

Energieausgaben

1.197.182 €

Energieausgaben deutlich gesunken

Im Berichtsjahr fielen folgende Energiekosten an.

	2012 €	2013 €	2014 €	Plan 2015 €
Heizbrennstoffe	616.089	721.779	510.767	733.900
Strom	331.509	399.788	350.665	389.700
Betriebsstrom	334.448	457.493	321.431	433.200
Betriebsbrennstoffe	16.905	21.533	14.319	21.800
Summe	1.298.951	1.600.593	1.197.182	1.578.600
€/Ew.	49,08	61,23	45,51	60,01
Änderung gg. Vorjahr in €	64.487	301.642	-403.410	381.418
Änderung gg. Vorjahr in %	5,2 %	23,2 %	-25,2 %	31,9 %

Die Energieausgaben sind 2014 stark gesunken, die Planansätze wurden um insgesamt 222 T€ unterschritten.



Heiz- und Betriebsbrennstoffe

Die Ausgaben für Heizbrennstoffe sind gegenüber 2013 um 211 T€ gesunken. Diese Entwicklung spiegelte sich in vielen Bereichen der Stadt wider. Der größte Rückgang ergab sich beim Unterabschnitt Allgemeines Grundvermögen, unter anderem aufgrund des Wegfalls von Gebäuden im Birkel-Areal. Außerdem haben sich diese Ausgaben in den Grundschulen Beutelsbach, Endersbach und Schnait deutlich reduziert.

Betriebsbrennstoffe fielen hauptsächlich für das Stiftsbad in Beutelsbach an, diese sind im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken.

(Betriebs-) Strom

Der Betriebsstrom hat sich im Vorjahresvergleich um 136 T€ verringert. Ursächlich hierfür waren geringeren Ausgaben für die Straßenbeleuchtung. Mit diesem Rückgang wurden Steigerungen der Jahre 2012 und 2013 ausgeglichen, die Ausgaben befanden sich dadurch wieder auf dem Niveau des Jahres 2011.

Des Weiteren ist bei den Stromausgaben ein Rückgang von 49 T€ zu verzeichnen, der sich auf einen Großteil der städtischen Einrichtungen verteilt. Die bedeutendste Minderung ergab sich im Bereich Allgemeines Grundvermögen. Zuletzt sind die Aufwendungen für Strom im Jahr 2010 gesunken.

Da nicht bei allen städtischen Einrichtungen eine Rechnungsabgrenzung erfolgt, lassen die Energieausgaben für sich betrachtet keine Rückschlüsse auf den Verbrauch zu. Hierzu ist ergänzend der Energiebericht heranzuziehen.

Dieser wird alle zwei Jahre erstellt, die aktuellste Version bezieht sich auf die Jahre 2012/2013 (BU 186/2014).

Nach dem Verbraucherpreisindex sanken die Preise für Heizöl 2014 erneut, im 1. Halbjahr 2015 verstärkte sich dieser Trend noch. Der Gaspreis blieb auf dem Niveau des Vorjahres. Die Strompreise sind auch 2014 weiter gestiegen, jedoch nicht mehr so stark wie noch 2013.

Jahr	Heizöl	Gas	Strom
2013	-6,2 %	2,1 %	10,2 %
2014	-7,7 %	0,2 %	2,5 %
2015 / 1. Halbjahr	-18,2 %	-0,3 %	0,0 %

Quelle: Statistisches Landesamt BW: Verbraucherpreisindex



Kostenrechnende Einrichtungen

Zuschussbedarf 7,3 Mio. €

Bei den Kindergärten ist ein starker Anstieg des Zuschussbedarfs zu verzeichnen. Auch beim Bestattungswesen, den Bädern und Hallen ist die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben höher als noch 2013. Lediglich der Zuschussbedarf für die Schülerbetreuung ist gesunken.

Aus diesen Gründen stieg der Zuschussbedarf für die kostenrechnenden Einrichtungen auf insgesamt 7,3 Mio. €. Die Gesamtkostendeckungsquote lag bei 38,5 % (2013: 45,9 %). Die im Folgenden genannten Einrichtungen bilden 99,5 % des Zuschussbedarfs ab.

Kostendeckungsgrad öffentlicher Einrichtungen 2014	2014		2013		2014	
	mit kalk. Kosten	ohne kalk. Kosten	mit kalk. Kosten	ohne kalk. Kosten	Zuschussbedarf gesamt	€/Ew.
Schülerbetreuung an Grundschulen	76,8 %	76,8 %	68,0 %	68,0 %	81.626	3,10
Kindertageseinrichtungen	37,7 %	40,3 %	45,4 %	47,9 %	5.624.610	213,81
Bäder	9,7 %	14,4 %	12,3 %	18,8 %	739.062	28,09
Bestattungswesen	82,5 %	127,3 %	108,0 %	162,0 %	106.114	4,03
Hallen	26,2 %	43,0 %	27,0 %	44,5 %	690.760	26,26
Summe	38,3 %	43,7 %	45,9 %	52,2 %	7.242.173	275,29

Schülerbetreuung an Grundschulen

Der Zuschussbedarf der Kernzeit- und Grundschülerbetreuung verringerte sich weiter um rd. 34 T€ auf 82 T€. Dies konnte durch höhere Landeszuschüsse sowie gestiegene Benutzungsgebühren erreicht werden. Des Weiteren sind die Ausgaben Heizung und Brennstoffe deutlich zurückgegangen.

Kindertageseinrichtungen

Der Zuschussbedarf für die Kindertageseinrichtungen stieg durch höhere Personalausgaben (+767 T€), höhere Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen (+181 T€) auf insgesamt 5,6 Mio. € (+1,3 Mio. €).

Die Zuweisungen vom Land sind im Vergleich zum Vorjahr um 342 T€ gesunken, da die Zahl der Betreuungsplätze landesweit erheblich angestiegen ist. Die Erstattungen des Landkreises für die Eingliederung von Kindern mit besonderem Förderbedarf sowie die Erstattungen von Kommunen für die Nutzung von Betreuungsplätzen durch auswärtige Kinder sind um 49 T€ zurückgegangen.

Mehreinnahmen konnten bei den Benutzungsgebühren (+181 T€ auf insgesamt 901 T€) erzielt werden.



Bäder



Der Zuschussbedarf der Bäder stieg um 51 T€ auf insgesamt 739 T€ an.

Dies wurde unter anderem verursacht durch gestiegene Kosten für das Personal (+61 T€). Des Weiteren sind die Benutzungsgebühren in allen Bädern um 16 T€ gesunken. Ohne Berücksichtigung des Cabrio ergäben sich für die Bäder ein Abmangel von 517 T€ und eine Kostendeckungsquote von 13,3 %.

Der durchschnittliche Kostendeckungsgrad in Städten vergleichbarer Größe lag 2012 bei 18,3 % für Hallenbäder und bei 45,3 % für Freibäder. Diese Werte wurden in Weinstadt nicht erreicht.

Bestattungswesen



Im Vorjahr bestand für die Friedhöfe noch eine Kostenüberdeckung (+108 %) und Einnahmeüberschuss von 52 T€. Die Kostendeckungsquote liegt nun bei 82,5 % mit einem Zuschussbedarf in Höhe von 106 T€.

Die Gebühreneinnahmen sind um 206 T€ gesunken, da im Jahr 2014 eine geringere Zahl von Bestattungen erfolgte. Auf der Ausgabenseite stiegen die Verrechnungen mit dem Baubetriebshof um 98 T€, dafür sind die Kosten für die Unterhaltung der Grünanlagen um 56 T€ gesunken (vgl. Erläuterungen bei Personalausgaben).

Der durchschnittliche Kostendeckungsgrad in Städten vergleichbarer Größe lag nach den Ermittlungen der GPA im Jahr 2012 bei rd. 71,9 %.

Hallen



Bei den fünf Hallen der Stadt ergab sich ein leichter Anstieg des Zuschussbedarfes um 2,3 % auf 691 T€ (+16 T€). Die Kostendeckungsquote sank auf 26,2 %.

Wesentliche Veränderungen ergaben sich bei der Jahnhalle, dort ist der Zuschussbedarf durch höhere Ausgaben für die Gebäudeunterhaltung um 23 T€ auf 188 T€ gestiegen.

Des Weiteren erhöhte sich der Zuschussbedarf bei der Beutelsbacher Halle sowie bei der Strümpfelbacher Halle.

Der Abmangel der Prinz-Eugen-Halle ist leicht zurückgegangen. Der Abmangel der Schnaiter Halle sank, hauptsächlich infolge niedrigerer Heizkosten, um 11 T€ auf 66 T€.

Quelle durchschn. Kostendeckungsgrad:

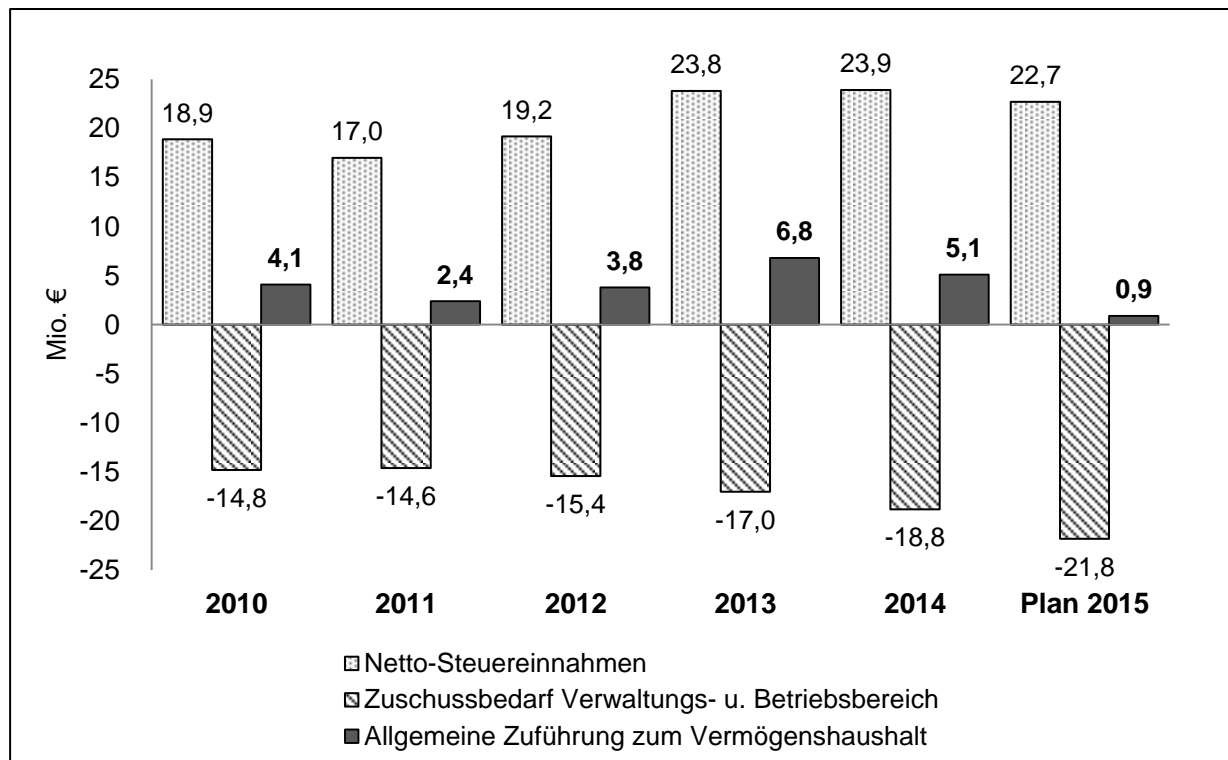
GPA Geschäfts- und Kommunalfinanzbericht 2015

Sonstige Finanzausgaben

Die sonstigen Finanzausgaben umfassen Zinsen, Erstattungszinsen und Umlagen (RdNr. 22), sowie als Verrechnungsposition die Zuführung an den Vermögenshaushalt (RdNr. 26). Im Vergleich zum Vorjahr sanken diese Positionen insgesamt um 834 T€.

25 Gesamtverlauf

Zusammengefasst haben sich die vorstehend dargestellten Hauptblöcke wie folgt entwickelt:



26 Zuführung zum Vermögenshaushalt

5.099.056 €

Zuführungsrate erneut besser als geplant, seit 2010 durchschnittlich 4,4 Mio. € jährlich

Die Zuführung zum Vermögenshaushalt lag mit 5,1 Mio. € um 1,9 Mio. € über dem Planansatz. Ursächlich waren im Wesentlichen höhere Schlüsselzuweisungen vom Land und Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer.

Gegenüber dem Vorjahr sank die Zuführungsrate allerdings um 1,7 Mio. €, größtenteils aufgrund gestiegener Personalausgaben sowie einer höheren Umlagebelastung.

27 Netto-Investitionsrate

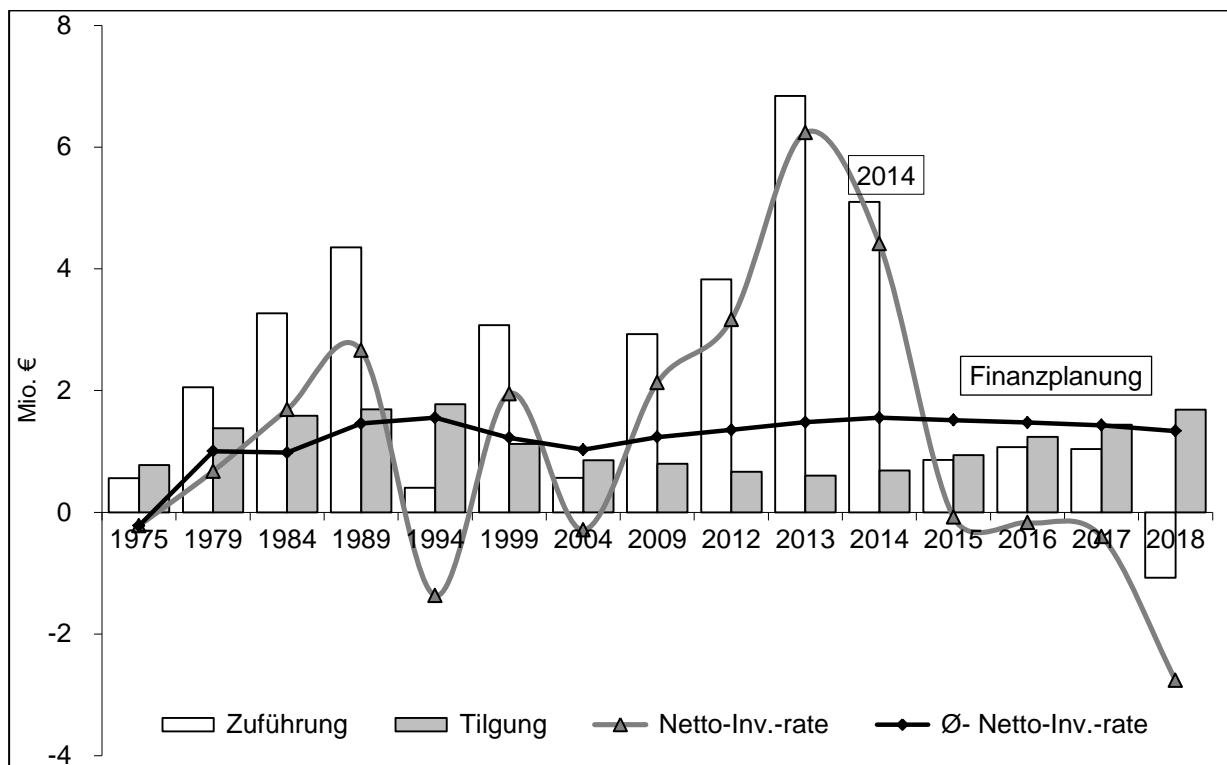
4.414.708 €

Noch hohe Netto-Investitionsrate

Nach Abzug der ordentlichen Tilgung (684 T€) verblieb von der Zuführung zum Vermögenshaushalt eine Netto-Investitionsrate von 4,4 Mio. € für Maßnahmen des Vermögenshaushalts.

Seit 2011 (Aufnahme des Jahres 2014 in die Finanzplanung) wurden insgesamt rd. 16 Mio. € Netto-Investitionsraten erwirtschaftet, durch die teilweise auf vorgesehene Kreditaufnahmen verzichtet werden konnte.

Aus den Zahlen der Finanzplanung ergibt sich, dass die Zuführungsrate ab 2015 einbrechen wird und keine Nettoinvestitionsrate mehr erwirtschaftet werden kann. Um diese Entwicklung wieder umkehren zu können, wird bereits jetzt gegengesteuert.



Entwicklung der Netto-Investitionsrate	2012	2013	2014
Zuführung an den VmH in Mio. €	3,8	6,8	5,1
ordentliche Tilgung in Mio. €	0,6	0,6	0,7
Netto-Investitionsrate in Mio. €	3,2	6,2	4,4
in % des VmH	36,9	49,5	33,0
Zuführung an den VmH in €/Ew.	147	262	194
Netto-Investitionsrate in €/Ew.	122	239	168
Ø Große Kreisstädte RMK ¹⁾	281	206	
Landes-Ø in €/Ew. ²⁾	309	201	199

Quellen: 1) Umfrage des RPA Backnang, ohne Schorndorf (NKHR)
2) GPA: Geschäfts- und Kommunalfinanzbericht 2015 – alle Gemeinden



VII. Vermögenshaushalt

28 Investitionen

Anteil der aus Eigenmitteln finanzierten Investitionen weiter gesunken

2014 wurden rd. 12,7 Mio. € für Investitionen und Investitionszuschüsse an Dritte ausgegeben.

Diese wurden zu 58 % über Eigenmittel, zu 30 % aus Krediten sowie zu 12 % über Zuweisungen und Zuschüsse finanziert. Von den Eigenmitteln entfielen 60 % auf die Netto-Investitionsrate.

Schwerpunkt der Investitionstätigkeit waren die Sanierung der Strümpfelbacher Halle und des historischen Rathauses Beutelsbach, sowie die Neugestaltung des Birkel-Areals. Bei den sonstigen Maßnahmen überwiegen die Ausgaben für den Kauf der Straßenbeleuchtung.

29 Rücklagen

2.335.126 €

Mindestbestand im Finanzplanungszeitraum vorhanden

Kassenbestand höher als Rücklagen

Der allgemeinen Rücklage wurden zum Ausgleich des Vermögenshaushalts 719.313 € entnommen, geplant waren 717.200 €.

Allgemeine Rücklage am 31.12.2014	2.335.126 €
Gesetzliche Mindesthöhe	1.093.524 €
Die gesetzliche Mindesthöhe ist überschritten um	1.241.602 €

Die liquiden Mittel waren höher als der Bestand der allgemeinen Rücklage.

Kassenbestand/ Geldanlagen (1)	Einnahmereste (2)	Ausgaberrreste (3)	Rücklagen (1) + (2) – (3)
4.397.606	9.365.547	11.428.027	2.335.126

Die nachfolgende Tabelle (in Mio. €) zeigt die Entwicklung im Finanzplanungszeitraum. Der frei verfügbare Teil der Rücklage wird 2018 nahezu aufgezehrt sein.

Jahr	Rücklagen zum 1.1.	Abgang im HHJ	Rücklagen 31.12.	davon Stellplatz- rücklage	Mindest- bestand	frei verfüg- bar
2013	3,4	0,3	3,1	0,2	1,0	2,0
2014	3,1	0,7	2,3	0,2	1,1	1,2
2015	2,3	0,5	1,8	0,2	1,1	0,7
2016	1,8	0,1	1,8	0,2	1,2	0,6
2017	1,8	0,3	1,5	0,2	1,2	0,3
2018	1,5	0,2	1,3	0,2	1,2	0,1



30 Liquidität

Stadtkasse war ausreichend liquide

Seit 2010 waren der Kassenbestand und die Geldanlagen stets höher als der Bestand der allgemeinen Rücklage. Bei weiteren Entnahmen aus der Rücklage wird die Stadt mehr als bisher Kassenkredite in Anspruch nehmen müssen.

Die auf den Girokonten kurzzeitig nicht benötigten Kassenmittel wurden einem Geldmarktkonto zugeführt.

31 Vermögensrechnung

Die Bestände des Anlagevermögens wurden ordnungsgemäß übertragen und entsprechend den sich aus der Buchführung ergebenden Änderungen fortgeschrieben.

Die Bestände sind richtig nachgewiesen.

32 Schuldenstand

9.203.700 €

Kreditaufnahme erforderlich

Kreditaufnahmen waren 2014 in Höhe von 3.248.000 € erforderlich, außerdem wurde ein Haushaltseinnahmerest in Höhe von 1.100.000 € gebildet. Der Soll-Schuldenstand stieg um rd. 3,2 Mio. € auf 8,4 Mio. € (= 320 €/Ew.; 2013: 5,2 Mio. € = 199 €/Ew.).

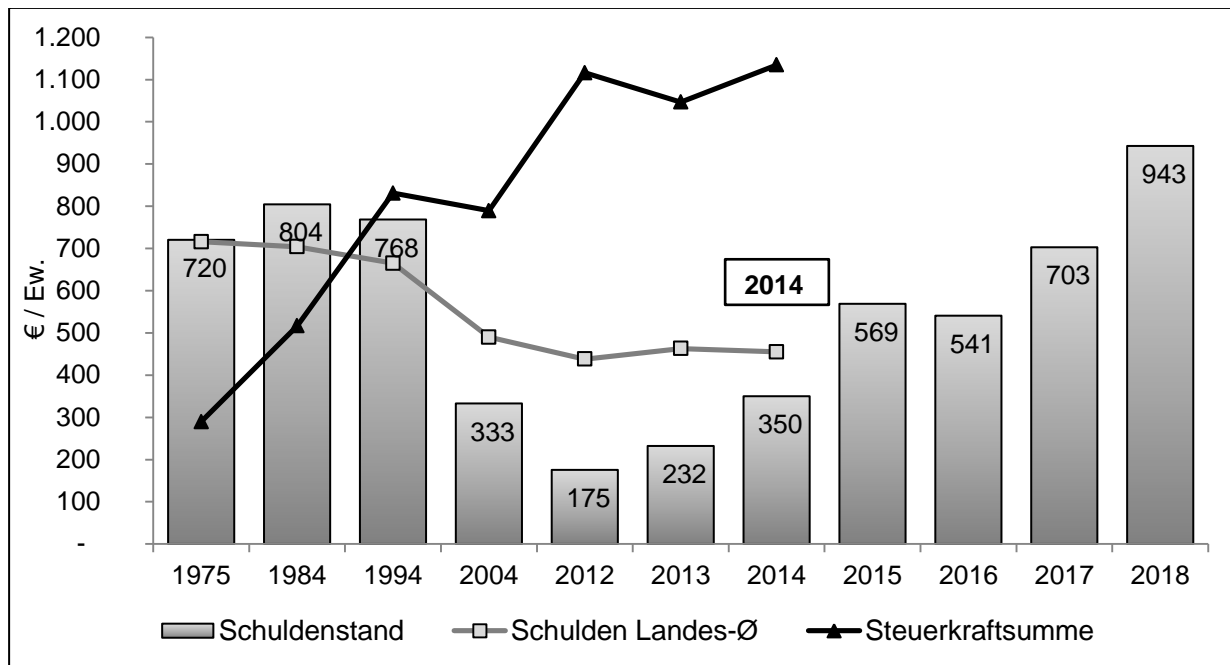
Daneben bestand noch eine Verbindlichkeit aus dem kreditähnlichen Rechtsgeschäft für die Nahwärmeversorgung im Bildungszentrum (789 T€).

Insgesamt betragen die Verbindlichkeiten 9.203.700 € (=350 €/Ew.; 2013: 6,1 Mio. € = 232 €/Ew.). Ohne den für Kreditaufnahmen gebildeten Haushaltseinnahmerest ergibt sich ein Ist-Schuldenstand von 8.103.700 € (= 308 €/Ew.).

Die Zinsausgaben für diese Darlehen sanken um 7 T€ auf rd. 183 T€ (7 €/Ew.). Ihr Anteil am Verwaltungshaushalt lag unverändert bei 0,3 %.

Zusätzlich zum genannten Schuldenstand wurde für den Erwerb des Birkel-Areals als Zwischenfinanzierung ein weiteres kreditähnliches Rechtsgeschäft (rd. 3,6 Mio. €) abgeschlossen. Die Zinsen hierfür sind bei den Sanierungsausgaben nachgewiesen und werden gefördert.

Pro-Kopf-Verschuldung gestiegen Steuerkraft auch weiterhin deutlich höher als der Schuldenstand

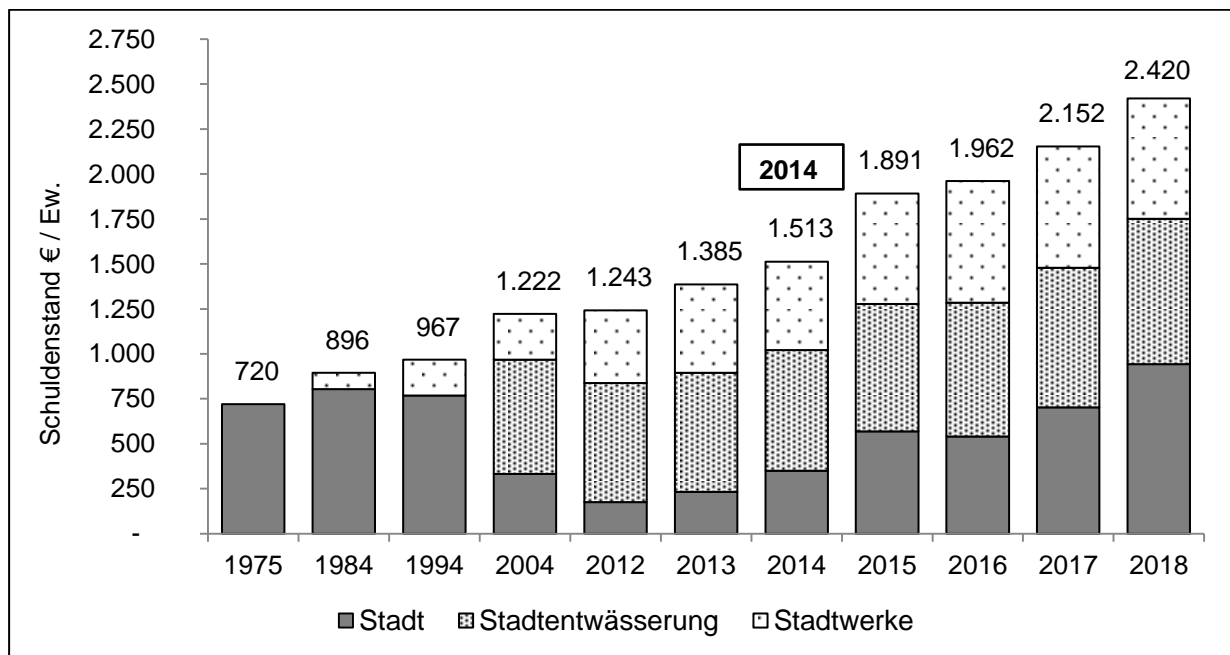


Quelle Landesdurchschnitt: Statistisches Landesamt BW: Schulden der Gemeinden und deren Eigenbetriebe am 31.12.2014

Zwar übersteigt die auf Basis der Steuereinnahmen 2012 berechnete Steuerkraftsumme auch 2014 wieder den Schuldenstand, allerdings hat sich das Verhältnis zwischen beiden Größen verschlechtert.

Konzernschulden gestiegen

Der Gesamtschuldenstand der Stadt einschließlich der Eigenbetriebe, ohne das innere Darlehen und den Anteil der Gemeinde Korb an der Forfaitierung, stieg auf 39,8 Mio. €, dies sind rd. 1.513 €/Ew. (2013: 36,2 Mio. € = 1.385 €/Ew.).





VIII. Ergebnis der örtlichen Prüfung

Allgemeine Verwaltung

33 Stellenausschreibungen

Stellenausschreibungen waren teilweise den Stadtwerken zuzuordnen, dadurch konnte die Vorsteuer geltend gemacht werden.

34 Nebentätigkeiten

Es wurde auf verschiedene Punkte hingewiesen, die bei der Genehmigung einer Nebentätigkeit zu beachten sind:

- Befristung
- Hinweispflicht zur Abgabe einer jährlichen Nebentätigkeitserklärung
- Abfrage, ob Ressourcen des Dienstherrn in Anspruch genommen werden
- Abfrage des zeitlichen Umfangs der Nebentätigkeit zur Prüfung der Einhaltung der Arbeitszeitgrenzen

Die Hinweise werden künftig beachtet. Für die notwendigen Erklärungen wurde ein Formblatt erarbeitet.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung

35 Feuerwehr

Die Vergabeverfahren für zwei Fahrzeuge der Feuerwehr wurden begleitend geprüft. Die Beschaffungen verliefen vergaberechtskonform.

Schulen

36 Ganztagesgrundschule Endersbach

Beim Gewerk Heizung wurden sowohl ein Nachtrag, als auch die dadurch ersetzte Hauptposition ausbezahlt. Der Betrag wurde zurückgefordert.

37 Ganztagesgrundschule Großheppach

Auf Grund der Auftragssumme wurde darauf hingewiesen, dass für die Vergabe der Planungsleistungen ein europaweites VOF-Verfahren durchzuführen ist. Dies wurde umgesetzt.

Bei der Abrechnung der Leistungsphasen 1 und 2 nach HOAI war bei den anrechenbaren Kosten ein Betrag von 112.000 EUR doppelt enthalten, dieser war zu streichen.

Bei der 1. AZ für die Leistungsphasen 3 ff. nach HOAI wurden die anrechenbaren Kosten für Technische Anlagen nach § 33 Abs. 2 HOAI falsch berechnet. Dies ist bei den folgenden AZ noch zu korrigieren.



Soziale Sicherung

38 Ausländerbeirat

Anhand der vorgelegten Kassenbüchern und Belegen wurde die Verwendung des städtischen Zuschusses geprüft. Die Zahlungsvorgänge sind sehr übersichtlich dokumentiert und konnten insgesamt gut nachvollzogen werden.

In der Hausaufgabenbetreuung ist kein Abmangel entstanden, so dass der vom Sozial- und Kulturausschuss beschlossene erhöhte Zuschuss von 3 T€ (BU 196 / 2012) nicht erforderlich war.

Gesundheit, Sport, Erholung

39 Minigolf im Freibad Beutelsbach

Bei der Prüfung der Kassenabrechnungen für das Freibad Beutelsbach wurde festgestellt, dass für die Einnahmen aus dem Betrieb der Minigolfanlage der verminderte Mehrwertsteuersatz angesetzt wurde. Dies wurde korrigiert.

Bau- und Wohnungswesen, Verkehr

40 Städtebauliche Sanierung

Die Verwendungsnachweise wurden vom RPA auf Vollständigkeit überprüft. In verschiedenen Fällen waren noch nicht alle förderfähigen Kosten angemeldet, dies wurde im Prüfungsverfahren nachgeholt, so dass Einnahmen zeitnah realisiert werden konnten.

41 VOB

Die Vergabeverfahren wurden begleitend geprüft, hierbei ergaben sich Prüfungsfeststellungen hinsichtlich:

- Wertung verspätet eingegangener Angebote
- Geltendmachung von Kalkulationsirrtümern durch Bieter
- Einhaltung der Zuschlags- und Bindungsfrist
- Anforderung von Vorauszahlungen
- Informations- und Dokumentationspflichten
- Anforderung von Auskünften aus dem Gewerbezentralregister.

Die Prüfungshinweise wurden, soweit noch möglich umgesetzt.

42 HOAI

Architekten- und Ingenieurverträge werden vorwiegend vor ihrem Abschluss auf Übereinstimmung mit den Regelungen der HOAI und Wirtschaftlichkeit geprüft. Die Anregungen des RPA wurden im Prüfungsverfahren berücksichtigt.



43 Prüfstatik

Die Vereinbarung mit der Stadt Fellbach sieht eine Anpassung der pauschalen Nebenkostenregelung nach zwei Jahren vor. Das Stadtbauamt wurde darauf hingewiesen, dass die pauschalen Nebenkosten nach dem zu Grunde liegenden Berechnungsmodell der KGSt (kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) inzwischen niedriger sind als bei Abschluss der Vereinbarung, dies wurde bei der Abrechnung 2014 berücksichtigt.

Allgemeine Finanzwirtschaft

44 Kassenprüfungen

Stadtkasse

Die Stadtkasse wurde anlässlich des Wechsels der Kassenverwalterin geprüft, dabei ergaben sich keine Prüfungsfeststellungen.

Bei der stichprobenhaften Durchsicht der Belege in KIRP wurden vereinzelt Doppelzahlungen festgestellt. Diese wurden zurückgerufen bzw. erstattet.

Zahlstellen und Handvorschüsse

Die Prüfung der Zahlstellen und Handvorschüsse ergab keine wesentlichen Feststellungen. Kassensoll- und Kassenistbestand der geprüften Kassen stimmten überein.

Datenschutzbeauftragte

45 Datenschutz

Verfahrensverzeichnisregister nach § 11 LDSG

Die Ämter wurden bei der Erstellung von Verfahrensverzeichnissen beraten und unterstützt. Inzwischen haben alle Ämter Verfahrensverzeichnisse erstellt und an die Datenschutzbeauftragte weitergeleitet.

Vorabkontrolle nach § 12 LDSG

Für das Ferienprogramm mit webbasierter Online-Anmeldung wurde eine Vorabkontrolle durchgeführt. Das Verfahren konnte mit Ausnahme der elektronischen Übermittlung von Gesundheitsdaten freigegeben werden.

Dienstanweisungen

Die Dienstanweisung zur Nutzung der Elektronischen Datenverarbeitung musste aus datenschutzrechtlichen Gründen aktualisiert werden. Die neue Dienstanweisung zur EDV-Nutzung trat am 04.11.2014 in Kraft.

Es wurde darauf hingewiesen, dass eine Dienstanweisung zur Regelung der Berechtigungsverwaltung erlassen werden müsste. Mit der Dienstanweisung Berechtigungsverwaltung vom



12.12.2014 und einem Formular für die Beantragung von Zugriffsberechtigungen auf Fachverfahren durch die Ämter wurde dieser Punkt erledigt.

Eine Dienstanweisung zur Regelung externer Fernwartung steht noch aus.

Aktenvernichtung und Datenträgervernichtung:

Die Amtsleiter wurden mit einem Schreiben über datenschutzgerechte Akten- und Datenträgervernichtung nach DIN-Norm 66399 informiert. Aktenvernichtungsgeräte, die nicht die erforderliche Sicherheitsstufe entsprechend dem zu vernichtenden Schriftgut aufwiesen, wurden ausgetauscht.

E-Mail-Verteiler mit personenbezogenen Daten:

Alle Mitarbeiter der Stadt Weinstadt wurden am 17.01.2014 über den datenschutzgerechten E-Mail-Versand von Rund-Mails (Mails an mehrere Adressaten) informiert. E-Mail-Verteiler, die personenbezogene Daten enthalten, dürfen nicht ohne die Zustimmung der Betroffenen offen einsehbar versendet werden. Es wurde erklärt, wie Mail-Verteiler verborgen werden können.

Powerpoint „Datenschutz in der Stadtverwaltung Weinstadt“

Es wurde eine Powerpoint Präsentation erstellt, mittels der sich die Mitarbeiter der Stadt Weinstadt übers Intranet zum Datenschutz in der Stadtverwaltung Weinstadt informieren können.

Teilnahme am Kommunalen Netzwerk Datenschutz:

Die Datenschutzbeauftragte nimmt zwei Mal jährlich am Treffen des Kommunalen Netzwerk Datenschutz an der Hochschule in Kehl teil.



IX. Abschließendes Ergebnis der Prüfung

Das Prüfungsamt hat die Jahresrechnung 2014 der Stadt Weinstadt entsprechend § 110 GemO daraufhin geprüft, ob

- bei den Einnahmen und Ausgaben, sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren worden ist,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
- der Haushaltsplan eingehalten worden ist und
- das Vermögen sowie die Schulden richtig nachgewiesen worden sind.

Die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung enthält dieser Bericht.

Aufgrund pflichtgemäßer Prüfung wird **bestätigt**, dass die Vorschriften im Ganzen eingehalten sind.

Dem Gemeinderat wird empfohlen, die Jahresrechnung 2014 festzustellen.

Dietmar Ißler

Dietmar Ißler



Anlage 1 Kennzahlen der Finanzwirtschaft

Bezeichnung		HHJ 2012	HHJ 2013	HHJ 2014	Plan 2015
Einwohnerzahl 30.6.		25.987	26.139	26.307	26.307
Kennzahlen	Haushaltsvolumen	64.100.020	70.312.227	72.003.212	71.092.200
	Verwaltungshaushalt	55.518.495	57.716.465	58.611.285	59.155.000
	Vermögenshaushalt	8.581.525	12.595.762	13.391.927	11.937.200
	Netto-Investitionsrate in €/Ew.	3.163.988 122	6.235.940 239	4.414.708 168	-78.800 -3
	Schuldenstand €/Ew.	175	232	350	569
	Steuerkraftmesszahl €/Ew.	915	862	984	998
	Steuerkraftsumme €/Ew.	1.116	1.047	1.135	1.251
Verwaltungshaushalt	Einnahmen				
	Steuern	33.362.033	33.165.217	33.675.316	33.829.600
	Finanzzuweisungen	6.666.130	9.527.406	9.931.906	10.312.100
	Einn. aus Verw. und Betrieb	12.013.169	12.059.585	11.800.878	11.741.700
	Sonstige Finanzeinnahmen	3.477.163	2.964.257	3.203.185	3.271.600
	Ausgaben				
	Personalausgaben	14.885.817	15.979.638	17.026.109	18.075.600
	Sachaufwand	13.790.611	13.906.353	14.564.029	15.342.900
	Zuweisungen / Zuschüsse	1.755.130	1.898.886	1.923.746	2.284.500
	Zinsen	220.165	192.362	185.569	411.200
	Sonstige Finanzausgaben	207.245	16.948	65.529	736.300
Finanzumlagen	20.831.697	18.883.973	19.747.247	21.442.600	
Zuführung zum Verm.-HH	3.827.831	6.838.306	5.099.056	861.900	
Vermögenshaushalt	Einnahmen				
	Zuführung vom Verw.-HH	3.827.831	6.838.306	5.099.056	861.900
	Rücklagenentnahme	2.764.980	306.793	719.313	495.700
	Rückflüsse von Darlehen	988.235	511	511	500
	Veräußerung Beteiligungen	-	5.500	10.900	-
	Veräußerung Vermögen	39.116	1.354.044	1.790.653	1.720.000
	Beiträge	18.407	18.407	373.203	30.000
	Zuweisungen / Zuschüsse	942.957	1.962.201	1.576.290	2.130.000
	Kredite (Soll)	-	2.110.000	3.822.000	6.699.100
	Ausgaben				
	Erwerb von Beteiligungen		600.000	-	800.000
Investitionsausgaben	7.861.098	11.306.683	12.683.543	10.020.400	
Tilgung	663.843	602.366	684.349	940.700	
Zuweisungen / Zuschüsse	56.585	86.713	24.035	176.100	
Kredite	Schuldenstand 31.12.	4.558.414	6.066.048	9.203.700	14.962.100
	Nettokreditaufnahme	-663.843	1.507.634	3.137.651	5.758.400
	Ordentliche Tilgung	663.843	602.366	684.349	940.700
	Kreditzinsen	219.927	191.366	183.333	406.200



Anlage 2 Kassenbestand

Der Kassenbestand zum 31.12.2014 ist im Kassenabschluss Nr. 143 / 2015 vom 24.06.2015 wie folgt nachgewiesen:

Kassenistbestand

Barkasse		93,40 €
Kontostand KSK Waiblingen	Kontoauszug Nr. 2015 / 116	48.505,97 €
Kontostand Volksbank Stuttgart	Kontoauszug Nr. 2015 / 116	254.132,03 €
Kontostand VR-Bank Weinstadt	Kontoauszug Nr. 2015 / 115	246.955,09 €
Kontostand Landesbank BW	Kontoauszug Nr. 2015 / 90	8.392,78 €
Tagesgeld KSK Waiblingen		745.000,00 €
Tagesgeld Voba Stuttgart		0,00 €
Tagesgeld VR-Bank Weinstadt		0,00 €
Tagesgeld BW-Bank		0,00 €
Festgeldanlage		0,00 €
Schnittstelle PEWES		0,00 €
Summe		<u>1.303.079,27 €</u>

Schwebeposten 710.524,18 €

bereinigter Kassenistbestand 2.013.603,45 €

Kassensollbestand 2014 4.397.606,20 €

Kassensollbestand 2015 -2.384.002,75 €

Kassensollbestand gesamt 2.013.603,45 €

Kassensoll- und Kassenistbestand stimmen überein.

Der Kassenbestand wurde am 25.06.2015 in die Bücher des Jahres 2015 übernommen.

Nachrichtlich:

Gesamtkassenbestand der Stadt und der Eigenbetriebe

Kassenbestand Stadt		4.397.606,20 €
Kassenbestand SWW	ShV 4.8150	-234.600,60 €
Kassenbestand SEW	ShV 4.8700	473.042,20 €
		<u><u>4.636.047,80 €</u></u>



Anlage 3 Verzeichnis der Prüfberichte

Amt	Prüfungsgegenstand
10	Hausmeisterdienste, Prüfung Zielerreichung durch Festanstellung, Prüfung der finanzielle Einsparung und Entwicklung Zufriedenheit
11	Buchung auf richtiger HHSt, Stellenausschreibungen
11	Prüfung Nebentätigkeiten Beamte u. Beschäftigte
11	Freibad Strümpfelbach, Abrechnung Freibadkasse,
11	Freibad Beutelsbach, Abrechnung Freibad- und Minigolf,
12, 20	Zahlungsverkehr, Auszahlung an falschen Empfänger,
20	Zahlungsverkehr, Doppelzahlung,
20	Kassenprüfung Stadthauptkasse, anlässlich Wechsel der Kassenverwalterin
20	Kassenprüfung, Klärwerk
20	Kassenprüfung, Grundschule Strümpfelbach
20	Kassenprüfung, Vollmar-Förderschule
32	Gaststätten, Gaststättenrechtliche Erlaubnis, Gebührenberechnung Beherbergungsbetriebe
32	Feuerwehr, Einsatzfahrzeug, GW-T und Kommandowagen,
50	Verwendungsnachweis Schulsozialarbeit, Projekt "Kräfte messen"
50	Verwendungsnachweis Mädchenstunde, Projekt "Mädchenstunde"
50	Vorabkontrolle Ferienprogramm, Ferienprogramm Nupian,
60	Kinderhaus Großheppach, Prüfstatik, Schlusszahlung
60	GTS Großheppach, Architektenvertrag Gebäude, Lph. 1 - 2; Lph. 3 ff
60	GTS Großheppach, Architektenvertrag HLS, Vergabeverfahren
60	Grundschule Beutelsbach, Städtebaulicher Entwurf, Honorarangebot
60	Interkommunale Gartenschau, Buchführung, Doppelzahlung
60	Erhebungszeitpunkt für Bauabnahmegebühr
61	Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen, Ortskern Beutelsbach III, AZA 54-57
61	Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen, Ortsmitte Endersbach, AZA 17
61	Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen, Birkel-Areal, AZA 7-9
61	Interkommunale Zusammenarbeit, Prüfstatik, Abrechnung 2013
65	Bildungszentrum, Nahwärmeversorgung, Jahresabrechnung 2013
65	Silcherschule (GS Endersbach), Modernisierung und Erweiterung, Ing.-vertrag Techn. Ausrüstung Elektro - Mehrleistungen
65	Kinderhaus Benzach, Architektenvertrag Gebäude, Lph. 1-4 Schlussrechnung



Amt	Prüfungsgegenstand
65	Altes Rathaus Beutelsbach, HOAI Tragwerksplanung, Vertragsentwurf
65	Altes Rathaus Beutelsbach, Brandschutzkonzept, Überzahlung
65	Altes Rathaus Beutelsbach, HOAI Gebäudeplanung, Dokumentation Denkmalamt
65	Erich-Kästner Werkrealschule, Fenstererneuerung Elektroarbeiten, VOB
65	Gemeindehalle Strümpfelbach, HOAI, alle Gewerke
65	Gemeindehalle Strümpfelbach VOB, alle Gewerke
65	Gemeindehalle Strümpfelbach, VOB, Rohbau - Kalkulationsirrtum
65	Gemeindehalle Strümpfelbach, VOB, Lüftungsarbeiten, Nachtragsangebot Nr. 1
65	Gemeindehalle Strümpfelbach, VOB, Sportboden, Nachtragsangebot Nr. 1
65	Vollmarschule, Sanierung Fenster
66	Hochwasserrückhaltebecken, Gunzenbach, Erd-, Beton und Wasserbauarbeiten
66	Straßenbeleuchtung, Vergabeverfahren Jahresauftrag, Ausschreibung
66	Friedhöfe, HOAI, Freiraumplanung
66/65	Vergaberecht, Auskunft Gewerbezentralregister, Anforderung Online-Zugang Vergaberecht, Schwellenwerte, Anpassung 01.01.2014 Vermeidung von Korruption, Geschenkannahme, 2013 GPA, Überörtliche Prüfung der Bauausgaben, Schlussbericht, Örtliche Prüfung 2013, Stadt Weinstadt Prüfbericht, Örtliche Prüfung 2013, Stadtentwässerung Prüfbericht, Örtliche Prüfung 2013, Stadtwerke Ausländerbeirat, Prüfung des Zuschusses 2013, Wasserverband Endersbach-Rommelshausen, Kassenprüfung WeinStadtMarketing Verein, Prüfung des Jahresabschlusses 2013, Remstal-Route, Prüfung des Jahresabschlusses 2013, Abendgymnasium Unteres Remstal, Prüfung des Jahresabschlusses 2013,
SEW	Klärwerk, Betonsanierung, Eröffnungstermin
SEW	Klärwerk, Umbau und Erweiterung Betriebsgebäude, Honorarangebot
SWW	WABE-Gebäude, Umbau und Aufstockung, Tragwerksplanung
SWW	WABE-Gebäude, Außenanlagen, Architektenvertrag
SWW	WABE-Gebäude, Gebäude, Architektenvertrag
SWW	Tiefgarage, Rampe, Architektenvertrag
SWW	Nahwärmeversorgung Benzach, Energietechnik, Ingenieurvertrag
SWW	Nahwärmeversorgung Benzach, Wärmenetz, Ingenieurvertrag